



HK

Handelskammer
Hamburg

Präsesreden



Für die Konzentration auf das Wesentliche, gegen die Selbstentmachtung der Parlamente

Rede von Präses Fritz Horst Melsheimer vor der Versammlung
Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e. V. am 31. Dezember 2012

**Ansprache von Präses
Fritz Horst Melsheimer**

**vor der Versammlung
Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e.V.**

am 31. Dezember 2012

Inhaltsverzeichnis	Seite
Eröffnung der Veranstaltung durch den Vorsitzenden der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e.V., Christian Dyckerhoff, Mitglied des Vorstandes der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	5
Ansprache von Präses Fritz Horst Melsheimer	7
Schlusswort im Namen der Hamburger Wirtschaft von Michael O. Grau, Geschäftsführender Gesellschafter der Mankiewicz Gebr. & Co. (GmbH & Co. KG)	27

Eröffnung

durch den Vorsitzenden
der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e.V.,
Christian Dyckerhoff

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg zu Silvester 2012 ist hiermit eröffnet!

Zugleich im Namen von Herrn Präses Fritz Horst Melsheimer und damit auch im Namen der Handelskammer Hamburg heiÙe ich Sie alle sehr herzlich willkommen. Es ist eine große Freude, dass Sie heute wiederum derart zahlreich unserer Einladung zur traditionellen Jahresschlussversammlung gefolgt sind. Den Wechsel zurück zum üblichen Termin an Silvester haben alle – wie der sehr gute Besuch beweist – offensichtlich problemlos bewältigt.

Es ist guter Brauch, aus Anlass dieser Versammlung einige Gäste namentlich oder als Vertreter ihrer Institutionen zu begrüßen.

So heiÙe ich sehr herzlich willkommen die Frau Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Frau Carola Veit, zugleich mit den anwesenden Damen und Herren Vizepräsidenten, den Fraktionsvorsitzenden und den Damen und Herren Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft, des Bundestages und des Europaparlamentes.

Es freut die Anwesenden besonders, dass der Herr Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Herr Olaf Scholz, an dieser Versammlung teilnimmt. Zusammen mit Ihnen, sehr geehrter Herr Scholz, begrüÙe ich herzlich die zahlreich anwesenden Mitglieder des Senats unserer Stadt.

Ein herzlicher Gruß gilt dem Herrn Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts, Herrn Joachim Pradel, wobei sich dieser Gruß auch an die übrigen hier anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der in Hamburg tätigen Gerichte richtet.

Die Anwesenheit des Herrn Ministers Reinhard Meyer, verantwortlich für das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein freut die Versammlung besonders. Wir werten Ihre Anwesenheit als Zeichen der Verbundenheit und des Willens zur Zusammenarbeit unter den norddeutschen Ländern! Zugleich begrüÙe ich die ehemaligen Ministerinnen und Minister in Bund und Ländern, die ehemaligen Bürgermeister, Senatorinnen und Senatoren sowie die anwesenden Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger unserer Stadt.

Über die einer guten Tradition entsprechenden Anwesenheit prominenter Vertreter der christlichen Kirchen freue ich mich ebenso wie über das Kommen der Vertreter der Hamburger Behörden, der verschiedenen nationalen und internationalen in Hamburg ansässigen Organisationen, der Bundeswehr und des konsularischen Corps.

Auch die Teilnahme des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Herrn Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann freut die Versammlung besonders; mit ihm begrüßen wir viele führende Persönlichkeiten unserer Nachbarkammern, der Handwerkskammer, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften. Ich danke Ihnen, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Den ehemaligen Präses der Handelskammer Hamburg danke ich für ihre Anwesenheit und ihre andauernde Unterstützung.

Last but not least gilt ein herzlicher Willkommensgruß den Vertretern der Medien, die auch in diesem Jahr zahlreich an der Jahresschlussversammlung teilnehmen.

Dem Schlussredner, Herrn Michael Grau, danke ich für die Bereitschaft, den Dank der Kaufmannschaft

an die Verantwortungsträger und die Belegschaft der Handelskammer auszusprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zwei Bemerkungen zu aktuellen Entwicklungen, bevor wir zum Hauptteil dieser Versammlung, dem traditionellen Bericht unseres Herrn Präses kommen.

Alle die heute hier versammelt sind, wissen, dass die Attraktivität des Hafens der wesentliche Garant für die Fortsetzung einer guten wirtschaftlichen Entwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg ist. Praktisch alle Beteiligten und Experten halten die zügige Umsetzung der seit November 2000 diskutierten und schließlich im letzten Jahr genehmigten neunten Elbvertiefung für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens für unbedingt notwendig.

Zu den Grundsätzen eines Ehrbaren Kaufmanns gehört es, die Entscheidung über ein streitiges Thema durch unabhängige Instanzen zu akzeptieren, selbst wenn die Entscheidung der eigenen Meinung diametral widerspricht. In diesem Sinne appelliere ich an die sicher heute auch hier vertretenen Umweltschutzverbände, die nach langen Diskussionen und durch alle Instanzen geprüften Entscheidungen zur Elbvertiefung zu akzeptieren. Ich bin sicher, dass die weit überwiegende Mehrheit dieser Versammlung die Ziele der Naturschutzverbände und deren Einsatz dafür würdigt und für richtig hält. Gerade darum sollten die gegen die Elbvertiefung klagenden Verbände nun „common sense“ zeigen und den gefundenen Kompromiss um die Elbvertiefung hinnehmen.

Ein Wort zu den jüngsten Entscheidungen zur Fertigstellung der Elbphilharmonie kann an dieser Stelle nicht fehlen. Wenn eine wichtige Großinvestition sich über alle Maßen verteuert und die finanziellen Möglichkeiten des Kaufmanns zu überfordern droht, dann bewertet ein ehrbarer Kaufmann die Investition neu und untersucht alle Handlungsalternativen sorgfältig. Dabei ist aber klar, dass ein Kaufmann sich nicht einfach von seiner Entscheidung für eine Investition verabschieden kann, auch wenn diese deutlich teurer und später fertig wird, als ursprünglich vorgesehen. Insofern entspricht die Entscheidung, noch einmal einen ganz erheblichen Betrag zur Fertigstellung der Elbphilharmonie bereitzustellen, dem, was man erwarten musste. Für dieses

Beispiel einer abgewogenen Entscheidung unter schwierigen Umständen, welche vom Senat unter Ihrer Führung, sehr geehrter Herr Bürgermeister, getroffen wurde, zollt die Versammlung allen Beteiligten Anerkennung.

Sehr geehrter Herr Präses Melsheimer, Ihr Auditorium, zahlreich wie immer, ist jetzt gespannt auf die Themen, welche Sie in Ihrem Bericht aufgreifen werden. Wir hoffen auf plausible Rezepte und Anregungen zur Bewältigung der Herausforderungen, denen sich unsere Stadt und die in ihr tätigen Kaufleute im kommenden Jahr stellen müssen. Der Applaus, der Sie jetzt gleich bei Ihrem Weg zu diesem Podium begleitet, drückt sicher die Vorfreude auf deutliche Worte und klare Stellungnahmen aus!

Sehr geehrter Herr Präses, lieber Herr Melsheimer, Sie haben das Wort!

Rede

von Fritz Horst Melsheimer,
Präses der Handelskammer Hamburg

„Je mehr Gesetze, je weniger Recht!“ Noch kürzer als dieses Sprichwort formulierte es Mies van der Rohe: „Weniger ist mehr“ und meinte damit die notwendige Konzentration auf das Wesentliche. Dies halte ich für das Gebot der Stunde. Dieser Gedanke wird sich als Leitmotiv durch meinen Bericht ziehen – von der Welt, über Europa und Deutschland bis zur Region und Hamburg.

Das Jahr 2012 endet in den USA und in China, den beiden größten Volkswirtschaften der Welt, mit wichtigen politischen Weichenstellungen für die nächsten Jahre, die auch uns nicht unberührt lassen. In beiden Ländern verlief der Prozess friedlich, jedoch mit politisch ganz unterschiedlichen Vorzeichen: In den USA rangen die Kandidaten vor den Augen der Welt bis zur letzten Minute um die Gunst der Wähler. In China hingegen vollzog sich der Machtwechsel hinter verschlossenen Türen – für den außenstehenden Beobachter nur schwer zu durchschauen. Barack Obama und Xi Jinping stehen vor großen Aufgaben.

Die ökonomische Verfassung der USA ist bedenklich. Die Arbeitslosigkeit liegt beharrlich bei über acht Prozent. Das Wachstum ist relativ schwach. Bildungswesen und Infrastruktur liegen darnieder.

Hinzu kommt: Die Amerikaner haben ihren sprichwörtlichen Optimismus verloren und sind von bislang unbekanntem Selbstzweifeln befallen. Die größte Herausforderung ist die Staatsverschuldung, die sogar Europa in den Schatten stellt: 500 Millionen Europäer ächzen unter 10 Billionen Euro Defizit. Jenseits des Atlantiks stehen 315 Millionen Amerikaner vor einem Berg von umgerechnet über 12 Billionen Euro Staatsschulden. Diese Staatsverschuldung schränkt die Handlungsmöglichkeiten der USA in zentralen Politikfeldern ein und gefährdet ihren Führungsanspruch.

Ein Drittel des Welthandels mit Waren und vierzig Prozent des globalen Dienstleistungsvolumens werden zwischen den transatlantischen Partnern getauscht. Für Europa, Deutschland und unsere Außenwirtschaftsmetropole Hamburg ist es daher enorm wichtig, dass die USA ihre Probleme überwinden und zu alter Stärke zurückfinden. Die Agenda, die Präsident Obama gemeinsam mit seinen Partnern in Europa verfolgen sollte, heißt: Überwindung der ökonomischen Probleme auf beiden Seiten des Atlantiks, Schaffung eines umfassenden Freihandelsabkommens und Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft.

Unser Verhältnis zu China ist nicht minder wichtig. In den Jahren von 2006 bis 2011 wuchs die chinesische Wirtschaft durchschnittlich um 10,5 Prozent. Dieses rasante Wachstum hat das ökologische Bewusstsein erawachen lassen und das politische System einseitigen stabilisiert, auch wenn die inneren Spannungen unübersehbar sind. Viele Chinesen sind in den letzten Jahren allerdings so schnell zu Wohlstand gekommen, dass die Frage, wie und von wem sie regiert wurden, kaum eine Rolle spielte.

Hamburg ist Chinas wichtigster Hafen

Nach aktuellen Schätzungen wird das chinesische Wachstum in diesem Jahr 7,6 Prozent betragen – die geringste Steigerung seit 1999. Die geringere Dynamik in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt hat Folgen für die globale und die deutsche Konjunktur: Deutschland ist Chinas europäischer Premiumpartner. Hamburg ist Chinas wichtigster Hafen in Europa.

Vor diesem Hintergrund sehen wir natürlich mit Spannung nach China. Der in diesem Jahr zum fünften Mal von unserer Handelskammer veranstaltete

„Hamburg Summit: China meets Europe“ kam daher zu einem optimalen Zeitpunkt. Es war die erste internationale Konferenz nach dem Machtwechsel in China. Wir haben die Gelegenheit genutzt, über die Weichenstellungen der neuen politischen Führungsriege in Peking zu sprechen. Es wurde klar, dass sich China seines politischen Einflusses auf der internationalen Bühne bewusst ist und globale Verantwortung übernimmt. Minister Wan Gang machte in beeindruckender Weise deutlich, dass China eine neue Seidenstraße zwischen China und Europa will und eine Änderung seines Wirtschaftsmodells anstrebt.

In den Fokus der Entwicklung rückt künftig das Thema Innovation. Der frühere amerikanische Außenminister Dr. Henry Kissinger mahnte seine Landsleute, den Aufstieg Chinas nicht vorwiegend als militärischen Wettbewerb zu begreifen. Und Alt-bundeskanzler Helmut Schmidt sprach die Schlüsselworte der europäisch-chinesischen Zusammenkunft: „Es geht um gegenseitigen Respekt und Kooperation!“ Finden Sie nicht auch: eine gute Formel für das Zusammenleben der Völker.

Der „Hamburg Summit“ hat sich zur führenden Wirtschaftskonferenz entwickelt

Der Summit hat sich inzwischen zur führenden europäisch-chinesischen Wirtschaftskonferenz entwickelt. Er wirkt in hohem Maße vertrauensbildend und wird auch 2014 wieder stattfinden.

Die Gewichte in der Weltwirtschaft verschieben sich: Während die Wirtschaft in Deutschland in den fünf Jahren zwischen 2006 und 2011 um rund sechs Prozent wuchs, legten China um 65 Prozent, Indien um 44, Brasilien um 22 und Russland um 14 Prozent zu. Zu diesen vier Ländern, den sogenannten BRIC-Staaten, reihen sich vier weitere Wachstumsökonomien: Mexiko, Indonesien, Südkorea und die Türkei. Diese acht Länder zusammen verantworten rund zwei Drittel des weltweiten Wirtschaftswachstums. Und Deutschlands Exportwirtschaft profitiert von dieser Entwicklung.

Vor zwanzig Jahren ging noch über die Hälfte der deutschen Ausfuhren in die Länder der heutigen Eurozone. Heute sind es nur noch 38 Prozent und der Anteil wird weiter sinken. Dieser Trend belegt eindrucksvoll, wie wettbewerbsfähig deutsche Unter-

nehmen sind und wie wichtig unsere Vernetzung über Europa hinaus für uns geworden ist. Unsere europäischen Nachbarn verlieren also gegenüber unseren außereuropäischen Partnern an Gewicht. Das ist der Grund für unsere im europäischen Vergleich relativ robuste Konjunktur und unsere besseren Wachstumsaussichten.

Hamburg als traditioneller Außenwirtschafts- und Logistikstandort profitiert von dieser Entwicklung. Auch unsere Handelskammer ist in den genannten Wachstumsregionen präsent, so zum Beispiel mit Vertretungen in Mumbai und Shanghai. Wie langfristige und visionäre Hamburger Kaufleute ihre Geschäfte aufbauen, zeigt unser Büro in St. Petersburg, das im nächsten Jahr sein 20-jähriges Jubiläum feiern wird.

Notwendig: Trennung von Staat und Religion

Mit Sorge und Hoffnung zugleich blicken wir in eine Region, die sich weniger wirtschaftlich, aber umso tiefgreifender politisch und gesellschaftlich im Umbruch befindet. Der Arabische Frühling, der vor zwei Jahren begann, ist leider nicht zu einem arabischen Sommermärchen geworden. Die Entwicklung insbesondere in Ägypten zeigt die Gefahr, dass die autoritären Regime der Vergangenheit nun durch islamistische Diktaturen ersetzt werden. Umso wichtiger scheint mir das Eintreten für die Trennung von Staat und Religion.

Nach wie vor besteht die Hoffnung, dass sich Meinungsfreiheit, mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch in diesem Teil der Welt als Eckpfeiler einer modernen, menschenwürdigen Gesellschaft etablieren können. Bildung und Beschäftigung sind dafür wichtige Voraussetzungen. Im Auftrag der deutschen Bundesregierung leistet unsere Handelskammer mit einem Berufsbildungsprojekt in Tunesien Basisarbeit für eine wirtschaftlich positive Entwicklung.

Auch die anhaltenden Konflikte zwischen Israel und den Palästinensern und der israelisch-iranische Krisenherd geben Anlass zur Sorge. Nicht zuletzt der Konflikt zwischen Syrien und der Türkei – einem NATO-Bündnispartner – macht deutlich, dass die dauerhafte Instabilität im Nahen Osten auch eine Gefahr für Frieden und Freiheit in Europa bedeutet. Als wichtige Stabilitätsinsel in der arabischen

Region haben sich insbesondere die Vereinigten Arabischen Emirate erwiesen.

Ich rechne fest damit, dass insbesondere Dubai aufgrund der Drehkreuzfunktion im internationalen Waren- und Personenverkehr in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen wird. Gegenseitige Delegationsbesuche anlässlich internationaler Messen oder ein von unserer Handelskammer und der Gesundheitsbehörde betriebenes Projekt zum Ausbau des arabischen Gesundheitstourismus in Hamburg sind nur einige Beispiele dafür, wie eng die Beziehungen zwischen Hamburg und Dubai inzwischen sind.

Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich vom Golf nach Europa kommen.

Zuerst die guten Nachrichten: Trotz der weltweiten ökonomischen Gewichtverschiebungen gehören europäische Länder nach wie vor zu den besten Standorten der Welt. Dies offenbart der Wettbewerbsindex des World Economic Forum. Neben Deutschland befinden sich fünf weitere europäische Länder unter den Top Ten. Sieht man sich das Ranking allerdings genauer an, trübt sich das Bild leider ein.

Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit sinkt

Frankreich, die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas, hat gegenüber 2011 an Boden verloren und befindet sich nicht mehr unter den ersten 20. Frankreich wankt. Die Deindustrialisierung schreitet voran, die Wirtschaft schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt, die Wettbewerbsfähigkeit sinkt.

Präsident Hollande muss abkehren von seinen Wahlkampfversprechen. Er ist gefordert, dem Land eine strukturelle Generalüberholung nach dem Vorbild der Agenda 2010 angedeihen zu lassen. Denn sollte Frankreich zu einem Krisenfall südeuropäischer Größenordnung werden und aus dem Wanken ein Straucheln werden, dann ist nicht nur Hollande in Not. Dann wäre der Euro gescheitert.

Und damit bin ich bei der Euro-Krise, dem Thema, das uns auch im letzten Jahr wirtschaftspolitisch am stärksten beschäftigt hat. Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle gesagt: 2012 ist das Jahr, in dem sich entscheiden wird, ob die Krise gemeistert werden kann oder nicht. Für wahr, ich war zu voreilig. Doch war der Paradigmenwechsel der Europäischen

Zentralbank zu diesem Zeitpunkt unvorhersehbar und für uns Deutsche unvorstellbar.

Der Kauf von Staatsanleihen durch die Notenbank ist eine indirekte Finanzierung des Staates. Das war auch die offizielle Meinung unserer Bundeskanzlerin. Zumindest bis Anfang September. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass eine Finanzierung des Staates über die Notenpresse nicht akzeptabel ist. Mit den EZB-Entscheidungen ist für die Zukunft der Währungsunion zunächst nur weitere Zeit gekauft worden. Doch um welchen Preis?

Die realwirtschaftlichen Probleme sind damit noch in keiner Weise gelöst. Im Gegenteil: Es besteht vielmehr das Risiko, dass die EZB-Entscheidungen zu neuen Ungleichgewichten in den Märkten und damit zu Blasen führen, die irgendwann platzen müssen. Oder zu sehr hohen Inflationsraten.

Ob der Höhepunkt der Euro-Krise schon erreicht oder gar überschritten ist – das ist nach meiner Meinung offen. Ein Kompliment darf man aber der EZB machen. Sie hat die Wirkung ihrer Entscheidungen und Maßnahmen auf die Kapitalmärkte richtig vorhergesehen.

Allein der Beschluss, Käufe von Staatsanleihen „unlimited“ zu tätigen, hat Vertrauen der Akteure am Kapitalmarkt zurückgebracht. Aber auch die Bürger müssen wieder Vertrauen in den Euro zurückgewinnen. Eine aktuelle Umfrage der GfK, der Gesellschaft für Konsumforschung, offenbart, dass 51 Prozent der Bundesbürger davon ausgehen, dass es den Euro in fünf Jahren nicht mehr geben wird.

Ich weiß nur so viel: Das Vertrauen der Bürger kann nur derjenige zurückgewinnen, der einen klaren und verständlichen Kurs verfolgt.

Und das bedeutet:

- Keine weiteren Staatsanleihekäufe durch die EZB
- Keine Vergemeinschaftung der Staatsschulden
- Kein Pardon mit Defizitsündern und volle Umsetzung der Fiskalunion mit allen vorgesehenen Maßnahmen

Die Europäische Union steht am Scheideweg

Die Krise des Euro hat sich inzwischen zu einer Krise der EU ausgeweitet. Die Europäische Union mit der

Wirtschafts- und Währungsunion in ihrem Zentrum steht am Scheideweg. Stimmen, die eine Aufspaltung der Euro-Zone oder eine Herauslösung Einzelner als einzigen Ausweg sehen, sind zwar in der Minderheit. Sie sind aber deutlich vernehmbar.

Auf der anderen Seite haben sich diejenigen formiert, die überzeugt sind, die Krise nur durch ein „Mehr an Europa“ lösen zu können. Ich stelle mir die Frage, ob mit „mehr Europa“ mehr Stabilität, mehr Konzentration auf Kernaufgaben und mehr Wettbewerbsfähigkeit oder nur mehr billiges Geld gemeint sind?

Die EZB hat sich auf ihre Funktion zur Wahrung der Geldwertstabilität zu konzentrieren. Und die Staaten sind aufgerufen, ihre Hausaufgaben zu machen, Reformen vorzunehmen, Innovation und Wachstum anzuregen und die private Wirtschaft von unnötigen Gängelungen zu befreien.

Einen Marshall-Plan für Griechenland, Portugal, Spanien und Italien

Was wir zusätzlich brauchen sind Wachstumsimpulse in den Volkswirtschaften Griechenlands, Portugals, Spaniens und Italiens. Wir brauchen einen Marshall-Plan für diese Länder. Diesen vermisse ich schmerzlich. Was für die EZB und für die Staaten gilt, nämlich Konzentration auf ihre jeweiligen Kernaufgaben, dies gilt selbstverständlich auch für die Organe der Europäischen Union, wenn das europäische Projekt nicht scheitern soll.

Eine ausufernde EU-Bürokratie hat sich mit zu vielen Nebensächlichkeiten beschäftigt: Zum Beispiel der elektrischen Leitfähigkeit von Waldhonig, dem Mindestalter fürs Haarefärben oder der Abschaffung der Glühbirne. Man fragt sich unweigerlich: Wann geht den Verantwortlichen in Brüssel endlich ein Licht auf? Das sind doch nicht die Herausforderungen, vor denen Europa steht!

Die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit und eines freien Binnenmarktes, das sind die zentralen Aufgaben, die in vielerlei Hinsicht noch unvollendet sind. Selbst die der EU gemeinhin zugerechnete Friedensdividende beruht ja auch auf dem atlantischen Bündnis, um der Wahrheit die Ehre zu geben. Was übrigens meine Freude über den Friedensnobelpreis für die EU in keiner Weise einschränkt. Es

ist nicht zu übersehen, dass das europäische Projekt einer neuen Sinnstiftung bedarf.

Ich glaube nicht, dass eine Mehrheit der Bürger einen europäischen Bundesstaat will. Im Gegenteil: Gerade die separatistischen Bewegungen in Katalonien, in Schottland, in Belgien und in Italien zeigen, dass die Präferenzen der Bürger deutlich stärker in Richtung regionale Souveränität als Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa zielen.

Ich glaube nicht, dass die Frage richtig gestellt ist, wenn gefragt wird, ob wir mehr oder weniger Europa brauchen. Ich meine, weniger ist mehr! Wir brauchen weniger an Europa in dem Sinne, dass Europa sich konsequent auf wenige Kernaufgaben beschränken muss. Und ich bin zugleich der Auffassung, dass wir bei der Erledigung dieser Kernaufgaben mehr Aktion und mehr Verantwortung der europäischen Organe benötigen.

Wenn man eine gemeinsame Währung als eine solche Kernaufgabe betrachtet, und ich neige dazu, dann ergeben sich daraus klare Konsequenzen für ein „Mehr an Europa“ in dieser Hinsicht. Dazu gehört zum Beispiel der Einfluss legitimer europäischer Organe auf nationale Staatshaushalte, die aus dem Ruder laufen, mit entsprechenden Überwachungs- und Genehmigungserfordernissen. Dazu gehören auch Vorschriften für eine geordnete Staatsinsolvenz, wenn die Sanierung anders nicht zu bewerkstelligen ist. Dazu gehört drittens die Einführung einer europäischen Bankenregulierung und -aufsicht für systemrelevante Banken.

Es ist mir klar, dass die skizzierte Reformagenda ambitioniert ist und viel politisches Engagement notwendig sein wird, um alle Partner auf diesem Weg mitzunehmen. Wenn Europa und der Euro aber gestärkt aus der Krise hervorgehen sollen, halte ich dieses Vorgehen, dem Grunde nach, um mit dem Unwort des Jahres zu sprechen, für „alternativlos“.

Pläne für eine engere Kooperation Hamburgs mit Barcelona im Bildungsbereich

Zugleich gilt es, konkrete Solidarität zu üben. Unsere Handelskammer wird im kommenden Jahr gemeinsam mit der Handelskammer Barcelona zwei Projekte starten, um die dort hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Zum einen werden spanische Jugendliche

in Hamburg die Chance zum Berufseinstieg erhalten. Neben dieser kurzfristig wirkenden Maßnahme haben wir ein zweites Projekt vereinbart, um die Beschäftigungsbedingungen in Spanien zu verbessern.

Wir wollen gemeinsam mit unserer Partnerkammer in Barcelona ein System der dualen Berufsausbildung implementieren. An solchen ganz konkreten Projekten zeigt sich, wie weit die europäische Idee unseren Alltag durchdrungen hat und wie jeder Einzelne von Europa profitiert und ob wir Solidarität leben können.

Bei unseren Partnern in Europa gelten Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble als eiserne Sparer und Vertreter einschneidender Reformen. Ein genauer Blick auf die Lage Deutschlands zeigt allerdings, dass ein altes Sprichwort nach wie vor gültig ist: „Unter den Blinden ist der Einäugige König.“

Erfreulich ist, dass Deutschland in diesem Jahr im Bereich der öffentlichen Finanzen insgesamt eine schwarze Null schreiben wird. Dieses Ergebnis ist allerdings nicht das Ergebnis eines harten Konsolidierungskurses der öffentlichen Hand. Vielmehr bestätigt es eindrucksvoll die Kraft der deutschen Wirtschaft.

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat es in den öffentlichen Kassen, die so gern und fälschlich als „leer“ bezeichnet werden, so sehr geklingelt wie im zu Ende gehenden Jahr. Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden beliefen sich in 2012 auf über 600 Milliarden Euro. Rechnet man die Beiträge zu den Sozialversicherungen, Gebühren und sonstige Einnahmen hinzu, ergeben sich sogar staatliche Gesamteinnahmen in Höhe von 1,2 Billionen Euro.

Echte Haushaltskonsolidierung vonnöten

Einsparungen konnten im Wesentlichen durch niedrige Zinsen und erfreulicherweise niedrigere Arbeitslosenzahlungen aufgrund der guten Konjunktur realisiert werden. Allerdings sanken auch die staatlichen Investitionen um fast sechs Prozent! Die Subventionen hingegen betragen in diesem Jahr rund 26 Milliarden Euro. Zusätzlich spendierte die Bundesregierung in einem nächtlichen Kraftakt teure und in ihrer Wirksamkeit umstrittene Wohltaten in Form von Lebensleistungsrente, Abschaffung der Praxisgebühr und Betreuungsgeld. Echte Haushaltskonsolidierung sieht anders aus!

Gänzlich unverständlich ist in dieser Situation, in der die ständig steigenden Staatseinnahmen für immer neue staatliche Wohltaten „verfrühstückt“ werden, die Forderung nach einer Vermögensteuer. Eigentum verpflichtet! Das gilt auch für die öffentliche Hand als Treuhänder der Steuereinnahmen. Wir haben in Deutschland kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Bevor die Fantasie bei der Erfindung von Einnahmequellen immer neue Blüten treibt, ist der Staat gefordert, seinen Haushalt auf Vordermann zu bringen und mit dem Geld der Steuerzahler verantwortungsvoll umzugehen! Disziplinierend wirkt sich die Schuldenbremse aus, die ab 2020 vollständig greifen wird.

Eine weitere Chance, die öffentlichen Finanzen besser auf die Potenziale und die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Bürger abzustimmen, ist die anstehende Reform des föderalen Finanzausgleichs. Das jetzige System verstehen selbst Experten kaum noch. Gleichzeitig wird es sowohl von Geber- als auch von Nehmerländern als ungerecht empfunden. Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass der Finanzausgleich Anreize setzt, die Quelle der Wertschöpfung zu pflegen und dass die Ausgleichsfunktion von der horizontalen Ebene zwischen den Bundesländern auf die vertikale Ebene mit dem Bund verlagert wird.

Ein Thema von schicksalhafter Dimension ist die Energiewende. In Abwandlung einer Aussage unserer Bundeskanzlerin zum Euro sage ich: Wenn die Energiewende scheitert, scheitert der Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland!

Es gibt eine klare politische Beschlusslage: Der Ausstieg aus der Atomkraft soll 2022 abgeschlossen sein. Bis zum Jahr 2050 sollen 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen fließen. Die notwendigen Konsequenzen aus dieser Beschlusslage wurden allerdings noch nicht wirklich gezogen: Der Einstieg in die Energiewende verläuft stolpernd. Der gesamte Prozess erfolgt im internationalen Alleingang und ohne vergleichbare Präzedenzfälle.

Deutschland braucht eine Energiewende aus einem Guss

Zu den immensen technischen Herausforderungen der Energiewende kommt die Frage, wie die sichere Versorgung von Unternehmen und Privathaushalten

zu angemessenen Preisen gewährleistet werden kann. Das ehrgeizige Ziel verlangt stringente Planung, klare Fokussierung beim Mitteleinsatz und Prioritäten:

1. Statt sechzehn plus eine Energiewenden, die vom Bund und den Ländern betrieben werden, brauchen wir eine Energiewende aus einem Guss!
2. Damit sich Windenergie aus Norddeutschland und Photovoltaik aus Süddeutschland sinnvoll ergänzen, bedarf es eines konsequenten Ausbaus der Netze, vor allem der sogenannten Stromautobahnen zwischen Nord und Süd!
3. Die Genehmigungsverfahren für den Bau der Offshore-Windparks und den Netzausbau müssen gestrafft, koordiniert und zeitgleich vorangetrieben werden!
4. Wenn an nebligen, kalten Wintertagen bei wenig Wind ein hoher Strombedarf herrscht, werden grundlastfähige konventionelle Kraftwerke benötigt!

Weil erneuerbare Energien derzeit aber bevorzugt in die Netze eingespeist werden, ist die Investition in diese Kraftwerke unattraktiv. Hier bedarf es eines Korrektivs, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Zu diesen Herausforderungen kommen weitere Themenkomplexe, zum Beispiel die notwendige Weiterentwicklung von Speichertechnologien, die Steigerung der Energieeffizienz, die Schaffung klarer Regelungen für die Abspaltung und Weiterverwendung von CO₂ sowie die Förderung der Forschungslandschaft. In diesem Sinne hat unsere Handelskammer gemeinsam mit ihren Partnern der IHK-Nord das Positionspapier „Energie für Norddeutschland“ vorgelegt. Wir stehen bereit, die Politik bei der Energiewende konstruktiv zu begleiten.

Dringend erforderlich: Eine enge Kooperation der norddeutschen Bundesländer

Norddeutschland kann von der Energiewende in besonderem Maße profitieren: nicht nur als Standort für die Windkraft-Anlagenbauer und ihre Dienstleister, sondern auch als Standort für alle Unternehmen, die eine sichere Energieversorgung mit dem Logistikvorteil der Küste verbinden wollen. Dies gilt besonders für die Unterelbregion, für die wir in Gemeinsamkeit mit den drei berührten

Bundesländern in diesem Jahr entsprechende Initiativen auf den Weg gebracht haben. Die enge Kooperation der norddeutschen Bundesländer ist auch darüber hinaus dringend erforderlich.

Leider hat sich aus dem Streit um den Standort der Windmesse eine Blockade im Bereich der norddeutschen Kooperation, insbesondere in der Zusammenarbeit von Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelt. Die Vergeltungsmaßnahmen unseres Nachbarn, die wir in diesem Jahr beobachten konnten, erinnern dabei zuweilen an Sandkastenspiele nach dem Motto: „Nimmst Du mir den Eimer weg, schlag ich Dich mit der Schaufel.“

Es ist an der Zeit, die norddeutsche Kooperation ernsthaft und das heißt aus der Perspektive des globalen Wettbewerbs zu betreiben. Seit Jahren werden gebetsmühlenartig immer wieder dieselben Beispiele als Erfolge der Zusammenarbeit bemüht: das Statistikamt Nord, die norddeutsche Eichdirektion und die gemeinsame Landesmedienanstalt.

Ganz im Ernst, meine Damen und Herren: Der große Wurf ist das nicht!

Hamburg ist das ökonomische Kraftzentrum der Region

Wie wäre es zum Beispiel mit einer gemeinsamen Bildungs- und Forschungspolitik, der Entwicklung einer länderübergreifenden Clusterstrategie, einer engen Abstimmung bei der Wohnungs-, Gewerbeflächen- und Verkehrspolitik? Dies alles sind Bereiche, die den Unternehmen und den Bewohnern Norddeutschlands am Herzen liegen und in denen es jede Menge Handlungsbedarf gibt. Dabei wäre es sicher hilfreich, Hamburg als ökonomisches Kraftzentrum der Region anzuerkennen und trotzdem auf Augenhöhe zu kooperieren. Besonders deutlich wird die Schwäche der norddeutschen Zusammenarbeit im Bereich der Metropolregion Hamburg. Dieser seit eineinhalb Jahrzehnten existierende Zusammenschluss von Hamburg mit seinem Umland in Niedersachsen und Schleswig-Holstein kommt einfach nicht in Schwung.

Ähnlich wie bei der Europäischen Union haben immer neue Erweiterungsrounds und das Verlieren in Kleinigkeiten die Handlungsfähigkeit der Metropolregion blockiert. Im Bewusstsein von Einwohnern



Kritisierte beim „Ehrbaren Kaufmann“ Fehlentwicklungen der Demokratie: Präses Fritz Horst Melsheimer bei der Jahresschlussansprache



In seinen Ausführungen zur Bildungspolitik des Senats zeigte sich Präses Fritz Horst Melsheimer mit dem „pragmatischen Kurs“ sehr zufrieden



Bürgermeister Olaf Scholz, Altpräses Dr. Karl-Joachim Dreyer, Wirtschaftssenator Frank Horch, Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz, DIHK-Präsident Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann, Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher, Altpräses Nikolaus W. Schües, Innensenator Michael Neumann, Altpräses Peter Möhrle (v. li.)



Eröffnete die Versammlung: Christian Dyckerhoff, Vorsitzender des Ehrbaren Kaufmanns



Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt mit den Vizepräsidenten Andreas Bartmann (li.) und Michael Behrendt



VEEK-Vorsitzender Christian Dyckerhoff, Schlussredner Michael O. Grau und Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz (v. li.)



Hielt die Schlussrede im Namen der Hamburger Wirtschaft: Michael O. Grau, Geschäftsführender Gesellschafter der Mankiewicz Gebr. & Co. (GmbH & Co. KG)



Peter Schulz, ehemaliger Hamburger Bürgermeister, (li.) und Unternehmer Joachim Wetzels



Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft: Dora Heyenn, Katharina Fegebank, Jens Kerstan und Katja Suding (v. li.)



Präses Fritz Horst Melsheimer (li.) und Bürgermeister Olaf Scholz



Erzbischof von Hamburg Werner Thissen (li.) und die Hamburger Ehrenbürger Hannelore und Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Greve

und Wirtschaft spielt die institutionalisierte Metropolregion keine Rolle. Wie lautet ihre Adresse? Wer vertritt sie? Was hat sie geleistet, um die Lebensumstände der Menschen zu verbessern?

Fragen Sie die Menschen zwischen Rendsburg und Soltau, Stade und Ludwigslust, und Sie werden ein Achselzucken ernten. Dies liegt unter anderem daran, dass die Wirtschaft, die ein großes Interesse an der Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg hat, bisher in Fragen der Metropolregion nicht mitgestalten darf.

Unsere Handelskammer will das ändern: Mit weiteren norddeutschen Kammern und Verbänden der Wirtschaft wie auch den Gewerkschaften werden wir uns im Verein „Initiative pro Metropolregion Hamburg“ zusammenschließen. Als Wirtschaftssäule der Metropolregion wollen wir mit eigenen Ideen und Projekten die regionale Zusammenarbeit voranbringen. Letztlich mit dem Ziel, die Metropolregion zu einer echten Public Private Partnership zu entwickeln und ein maximales Momentum in der Regionalentwicklung zu entfalten.

Infrastrukturausbau kommt kaum noch voran

Wichtigstes inhaltliches Thema hierbei ist und bleibt der Infrastrukturausbau. Investitionen in Infrastruktur sind notwendige Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und Wohlstandsmehrung. Eine Faustregel besagt, dass eine Milliarde Euro Investition in Verkehrsinfrastruktur zu 250 Millionen Euro zusätzlichem Sozialprodukt pro Jahr führen. Ich betone: pro Jahr! Aber der Infrastrukturausbau kommt in unserem Land kaum noch voran.

Vor zwei Wochen konnte man lesen: „Nach 39 Jahren ist die Ortsumgehung fertig.“ Gemeint war die Ortsumgehung Finkenwerder, die Generationen von Bürgermeistern und Senatoren beschäftigt hat. Viele andere Projekte werden von Regierung zu Regierung weitergegeben. Ihre Realisierung liegt in weiter Ferne: Die Hafenuferspange, der dringend notwendige Bau einer zusätzlichen Elbquerung – ganz gleich ob westlich oder östlich Hamburgs –, der Ausbau der A21, die Y-Trasse oder die Ertüchtigung der Mittel- und Oberelbe für den Binnenschiffsverkehr. An all diesen Projekten wird seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten gearbeitet, ohne dass es nennenswerte Fortschritte gibt.

In den siebziger Jahren war die Einweihung von Infrastrukturgroßprojekten, ich nenne zum Beispiel den Elbtunnel oder die Köhlbrandbrücke, an der Tagesordnung. Wie ist diese Erlahmung zu erklären? Die Entwicklung von Infrastruktur hat zunehmend mit Finanzierungs-, Akzeptanz- und Planungsproblemen zu kämpfen!

Bundesverkehrswegeplan ist chronisch unterfinanziert

Der Bundesverkehrswegeplan ist chronisch unterfinanziert. Nach Aussage von Verkehrsminister Ramsauer fehlen derzeit vier Milliarden Euro pro Jahr, nur um die bereits im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Projekte umzusetzen. Hinzu kommt der wachsende Instandhaltungsbedarf. Noch schwerwiegender sind aber die Akzeptanz- und Planungsprobleme. Im Laufe der Jahre haben wir uns beim Thema Infrastrukturausbau in eine unmögliche Situation hineinmanövriert. Dies lässt sich an der Verzögerung bei der Fahrrinnenanpassung der Unterelbe gut verdeutlichen.

Die Planungen für die Fahrrinnenanpassung der Elbe waren das komplexeste Planungs- und Planfeststellungsverfahren, das es in der Geschichte der Bundesrepublik bislang gegeben hat: Zehn Jahre dauerte es, bis allein der Planfeststellungsbeschluss fertiggestellt war. Er umfasst 2 500 Seiten, das sind 30 Aktenordner. Die Anliegen von Bewohnern der Region, von Obstbauern und von Fischern, werden durch zahlreiche Auflagen berücksichtigt. Darüber hinaus werden die Interessen der Umwelt, der Deichsicherheit, des Schutzes von Nebengewässern und Häfen durch verschiedenste Maßnahmen gewahrt. Allein im Bereich des Landschafts- und Naturschutzes sind 15 umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen. Das gesamte Projekt hat ein Volumen von rund 500 Millionen Euro, davon entfallen 100 Millionen auf ökologische Ausgleichsmaßnahmen entlang der Elbe.

Die Fahrrinnenanpassung wurde bei der EU-Kommission angemeldet, von dieser bezüglich der Flora-Fauna-Habitat-Gebiete geprüft und genehmigt. Der Deutsche Bundestag und drei Bundesländer haben das Projekt beschlossen. Und trotz alledem klagten am Ende drei Umweltverbände gegen das Projekt mit dem Ergebnis, dass das Bundesverwaltungsgericht den Beginn der Bauarbeiten untersagte, bis

die Angelegenheit im Hauptsacheverfahren entschieden ist. Wenn man sich der Grundlage unseres Wohlstands bewusst ist, dann wirft dies inzwischen eine grundsätzliche Frage auf.

Wie konnte es geschehen, dass sich unser politisches System, die repräsentative Demokratie, im Laufe der letzten Jahrzehnte schrittweise selber handlungsunfähig gemacht hat? Zum einen wurden durch immer mehr Zugeständnisse an einzelne Interessengruppen, eine typisch deutsche Regelungswut und den Hang zur Absicherung gegen jedes mögliche Risiko die Verwaltungsverfahren Schritt für Schritt immer komplexer gemacht.

Gegen die Selbstentmachtung der Parlamente

Das Verbandsklagerecht ist ein besonders fataler Irrweg, der Partikularinteressen bevorzugt. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass Entscheidungen, die politisch abgewogen und getroffen werden müssten, am Ende stets und nur noch durch Gerichte oder gar einzelne Richter gefällt werden. Die Frage aber, wie ökonomische und ökologische Interessen zum Ausgleich zu bringen sind, ist eine zutiefst politische und muss daher von Parlamenten entschieden werden! Parlamente haben sich aber nicht nur zugunsten der Gerichtsbarkeit entmacht.

Ein zweiter Schritt der Selbstentmachtung war die Einführung umfangreicher Elemente direkter Demokratie in unser System der repräsentativen Demokratie. Dieser Aspekt hat zwar bei der Verzögerung der Fahrrinnenanpassung keine Rolle gespielt, ich halte das Thema aber für zunehmend relevant.

Prinzipiell ist gegen direkte Demokratie überhaupt nichts einzuwenden, wenn sie sich auf Fragen von ganz grundsätzlicher Natur, etwa eine Änderung der Verfassung, beschränkt und hohe Beteiligungsquoten die Voraussetzung für Volksentscheide sind.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sinnvolle Vorhaben werden blockiert

Das Gegenteil aber ist in Hamburg der Fall. Die Hürden wurden nachträglich noch einmal abgesenkt und gerade in den Hamburger Bezirken kommt es häufig zu Abstimmungen über Spezialthemen, die nur eine Minderheit interessieren. Das

hat in der Vergangenheit bereits öfter dazu geführt, dass kleine, gut organisierte Interessengruppen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sinnvolle Vorhaben blockiert haben. Alternativen werden in der Regel nicht angeboten.

Außerdem ist direkte Demokratie in hohem Maße anfällig für Populismus: Hochkomplexe Themen werden verkürzt dargestellt und mit griffigen Slogans unter das Volk gebracht. Unrühmliche Beispiele dafür sind der Vorstoß zur Einführung eines weiteren Feiertages, die Einführung des Transparenzgesetzes und die Debatte um den Rückkauf der Hamburger Netze. Eingehende Analysen haben gezeigt, dass mit Eigentumsrechten an den Energienetzen kein nennenswerter Mehrwert für das Klima, den Wettbewerb, die Verbraucher oder den Haushalt unserer Stadt verbunden ist. Trotzdem betreibt die Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“ eine Kampagne für den Rückkauf der Energienetze durch die Stadt. Dabei spiegelt sie den Hamburgerinnen und Hamburgern mit zweifelhaften Argumenten vor, dass mit staatlich regulierten Kupferkabeln Klima- und Energiepolitik gemacht werden könnte.

Die Verfassungsklage, die von der Hamburger CDU-Fraktion – wenn auch etwas spät – gegen den Volksentscheid eingereicht wurde, könnte diesem Vorhaben einen Riegel vorschieben. Der Volksentscheid, wenn er dennoch käme, wird im ungünstigen Fall dazu führen, dass die Stadt für den vollkommen unnützen Rückkauf der Netze einen Milliardenbetrag aufwenden muss. Im günstigen Fall wird es nicht zum Rückkauf kommen, dafür wird aber wichtige Zeit bei der Umsetzung der Energiewende verloren gegangen sein.

Ähnliche Blüten trieb die direkte Demokratie bei der Verabschiedung des Transparenzgesetzes. Das Gesetz sieht eine umfangreiche proaktive Veröffentlichung nahezu sämtlicher Dokumente aus allen staatlichen Bereichen wie Parlament, Regierung und Verwaltung im Internet vor. Ein auf Kosten der Steuerzahler zu schaffender gewaltiger Datenfriedhof. Die von der Hamburger Bevölkerung gewählten Parlamentarier aller in der Bürgerschaft vertretenen Parteien ließen sich hier – ohne Not – in einer Nacht- und Nebelaktion vor den Karren einer wenige Monate alten außerparlamentarischen Initiative spannen. Der tatsächlich mit dem Gesetz verbundene Nutzen wurde nicht hinterfragt. Die

Investitions- und Folgekosten wurden nicht berücksichtigt. Kammern und Verbände wurden nicht eingebunden.

Stattdessen wurde auf Druck der Initiative hin ein handwerklich schlechtes Gesetz, das angeblich die Demokratie stärken soll, einstimmig in einem „Hau-ruck-Verfahren“ von der Bürgerschaft beschlossen: Einbringung in die Bürgerschaft am 12. Juni, erste und zweite Lesung am 13. Juni. Mit Galgenhumor könnte man sagen: So viel Fleiß war selten! Bei Lichte betrachtet: Ein höchst bedenklicher Vorgang!

Transparenzgesetz schafft Rechtsunsicherheit für die Vertragspartner der Stadt

Auch inhaltlich birgt das Gesetz eine Reihe von Gefahren für die Wirtschaft: Insbesondere das vorgesehene, einseitige städtische Sonderkündigungsrecht von Verträgen bis einen Monat nach Veröffentlichung im Internet ist inakzeptabel. Diese Regelung hebt das öffentliche Vergabewesen aus und schafft große Rechtsunsicherheit für die Vertragspartner der Stadt. Auch muss sehr sorgfältig mit Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen umgegangen werden, wenn die Stadt ein Interesse daran hat, in Zukunft überhaupt noch mit wettbewerbsfähigen privaten Unternehmen Verträge abzuschließen.

Die Beispiele Fahrrinnenanpassung, Rückkauf der Netze und Transparenzgesetz zeigen, wie gelähmt oder in die falsche Richtung getrieben unsere repräsentative Demokratie heute bei wichtigen Fragen ist. Entscheidungen werden zunehmend nicht mehr in Parlamenten getroffen, sondern entweder durch Gericht oder faktisch durch Volksinitiativen, denen in vorausgehendem Gehorsam gefolgt wird. Um im globalen Wettbewerb zu bestehen, dürfen wir aber die repräsentative Demokratie nicht weiter schwächen, wir müssen sie und ihre Vertreter stärken!

Unsere Handelskammer hat das Thema „Politische Handlungsfähigkeit stärken“ zu einem der fünf Themenfelder unserer Strategie „Hamburg 2030“ gemacht. In der nächsten Zeit werden wir uns intensiv damit auseinandersetzen, was getan werden muss, um auf der politischen Ebene wieder handlungsfähig zu werden, und zwar als Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft und Wohlstand auch in Zukunft.

Auch im zu Ende gehenden Jahr haben wir intensiv daran gearbeitet, die vielen Themen und Projekte unseres Projekts „Hamburg 2030“ voranzubringen. Bei unseren zehn Leuchtturmprojekten können wir bereits erste Erfolge vermelden: So zeigt die Übernahme erster Fahrzeuge mit Brennstoffzellentechnologie in die Fuhrparks der Stadt und unserer Handelskammer, dass Wirtschaft und Politik bei unserem Leuchtturmprojekt „Wasserstoffautobahn zwischen Hamburg und Berlin“ an einem Strang ziehen. Beide Städte sind bereits mit entsprechenden Tankstellen ausgestattet. Planungen für eine Wasserstofftankstelle an der A24 gibt es ebenfalls.

Open-Data-Portal wird „eröffnet“

Auch beim Leuchtturmprojekt „Hamburg Open Data“ gibt es Fortschritte. Uns wurde zugesichert, dass in spätestens einem Monat das Open-Data-Portal der Stadt steht. Daran anknüpfend wird unsere Handelskammer einen Wettbewerb ins Leben rufen, damit die kreativsten Ideen zur Nutzung dieser Daten zur Anwendung kommen. Diese und weitere Aktivitäten im Umfeld unseres Projekts „Hamburg 2030“ werden wir auch im kommenden Jahr weiter vorantreiben. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf der Einberufung eines „Stadtforums“ liegen, einer interessengruppenübergreifenden Diskussionsplattform für unsere „Stadt von morgen“.

Das Herz unserer Wirtschaft ist der Hafen. Hafen und Schifffahrt befinden sich in rauer See. Große Überkapazitäten beim Schiffsraum verhindern seit zu langer Zeit auskömmliche Raten. Hinzu kommt eine tiefe Krise in der Schiffsfinanzierung, die sich in Hamburg, dem weltweiten Zentrum dieser Branche, besonders gravierend auswirkt.

Eine jüngst von Moody's veröffentlichte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die zehn größten Banken Deutschlands schiffahrtsbezogene Risiken in Höhe von 98 Milliarden Euro in den Büchern haben. Das übertrifft den Wert aller von deutschen Banken gehaltenen Staatstitel aus Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien um mehr als das Doppelte! In zwei Schifffahrtsdialogen hat unsere Handelskammer die Marktteilnehmer zusammengebracht und gemeinsam mit dem Verband Deutscher Reeder Lösungsvorschläge erarbeitet. Leider wurden diese bislang von der Bundesregie-

rung noch nicht aufgegriffen. Wohlgermerkt: Es geht dabei nicht um staatliche Subventionen für Reeder. Vielmehr geht es um intelligente Lösungen, um gut aufgestellten Reedereien das Abwettern der Krise zu erleichtern und die Branche vor erheblichen Sonderabschreibungen zu bewahren.

Das zweite Unwetter zieht über unseren Hafen. Die grundsätzlichen Probleme bei der Fahrrienenanpassung habe ich bereits angesprochen. Die großen Containerschiffe können Hamburg vorerst nur teilweise beladen anlaufen. In einigen Zentralen von Reedereien wurde daher darüber nachgedacht, Hamburg aus den Umläufen zu streichen.

Hamburg senkt Anlaufkosten für große Schiffe

In einer von unserer Handelskammer moderierten konzertierten Aktion von Stadt, Hafen und Wirtschaft ist es gelungen, die Anlaufkosten für besonders große Schiffe zu senken, bis die Fahrrienenanpassung durchgeführt ist. Ich freue mich sehr, dass alle Beteiligten mitgezogen haben und dass die internationalen Reeder dieses Signal als Zwischenlösung wertschätzen. Auf dem Bundesverwaltungsgericht lastet nun eine hohe Verantwortung!

Mit dem heutigen Tag geht die Ära des Hamburger Freihafens zu Ende, dessen Zollgrenzen sich durch das Wachstum des innergemeinschaftlichen Handels und neue Formen der Zollabfertigung überlebt haben. Wirtschaftsbehörde, Zoll und Handelskammer haben die Unternehmen durch vielfältige Maßnahmen darauf vorbereitet. Unsere Handelskammer geht davon aus, dass sich der Warenfluss beschleunigt und sich der Hafen mit den neuen Zollstrukturen genauso dynamisch entwickelt wie in der Vergangenheit.

„Ordentlich regieren!“ ist das Motto, mit dem Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, angetreten sind. Nach fast zwei Jahren ist es an der Zeit, zu überprüfen, in welchen Politikfeldern Sie dieses Versprechen eingehalten haben.

Jeder Kaufmann weiß: Nur wenn es gelingt, unsere Finanzen nachhaltig zu konsolidieren, werden wir Handlungsspielräume zurückgewinnen, um wachstumsorientierte Investitionen in den Standort Hamburg angehen zu können. In diesem Zusammenhang

begrüßen wir, dass unser Finanzsenator und unser Bürgermeister mehrfach bekräftigt haben, die Ausgaben jährlich um weniger als ein Prozent ansteigen zu lassen und sich in ihrem ersten Haushalt auch daran halten. Auch das Bekenntnis des Senats, keinen Euro konjunkturbedingter Mehreinnahmen zu zusätzlichen Ausgabensteigerungen einzusetzen, ist gut. So sollte es möglich sein, auch bereits vor 2019 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Schuldenaufnahme zu realisieren. Das bringt Bonuspunkte beim Wähler.

Ein Thema, das unserer Handelskammer besonders am Herzen liegt, ist die schulische und berufliche Bildung. Der Senat hält sich an den „Schulfrieden“ und hat sich von der seit jeher unfruchtbaren Debatte um Schulstrukturen abgewendet. Das begrüße ich außerordentlich!

Stattdessen werden endlich pragmatische Schritte verfolgt, die direkt zu Qualitätsverbesserungen führen: Zu nennen sind zum Beispiel die Reform des Übergangssystems Schule-Beruf, der Ausbau des Ganztagsangebots und die Beteiligung an länderübergreifenden, einheitlichen Abiturstandards.

Ergebnisse der Schulinspektion der Öffentlichkeit zugänglich machen

Mit großer Freude haben wir auch den Vorschlag von Herrn Senator Rabe vernommen, in Zukunft die Ergebnisse der Schulinspektion der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Auch wenn noch viel Arbeit wartet, kann ich unter dem Strich konstatieren, dass die Hamburger Wirtschaft mit dem Kurs, den Sie, sehr geehrter Herr Senator Rabe, in der Bildungspolitik verfolgen, sehr einverstanden ist.

Unser besonderes Augenmerk verdienen die neuen Stadtteilschulen, die aus den Haupt-, Real- und Gesamtschulen hervorgegangen sind – eine Veränderung unseres Schulsystems von gewaltigen Ausmaßen. Die Stadtteilschulen bieten sämtliche Schulabschlüsse an, sollen dem Konzept der Inklusion folgen und eine frühe Berufsorientierung sicherstellen. Für keine Schulart sind jemals größere Anforderungen formuliert worden. Das Modell Stadtteilschule muss also ein Erfolg werden, wenn in Zukunft kein Jugendlicher mehr verloren gehen soll. Und das ist ja Ihr Ziel, Herr Bürgermeister, das wir voll teilen.

Fast 9 700 neue Ausbildungsverträge eingetragen

Mit fast 9 700 neuen Ausbildungsverträgen in diesem Jahr hat die Hamburger Wirtschaft wieder ihr außerordentlich hohes Ausbildungsengagement bestätigt. Allen Ausbildungsbetrieben sage ich herzlich Dank dafür.

Im vergangenen Sommer waren die Augen der Welt auf die Olympischen Spiele in London gerichtet. Bei aller Begeisterung schwang bei mir auch ein wenig Wehmut mit. 2012, das hätte das Jahr sein können, in dem Olympische Spiele in Hamburg stattfinden! Was das bedeutet hätte, konnte man beim triumphalen Empfang der deutschen Athleten in Hamburg erahnen.

Wir alle erinnern uns daran, Welch ein Ruck in der Bewerbungsphase vor über zehn Jahren durch unsere Stadt ging. Die starke Wirkung für die Wirtschaft, die Stadtentwicklung und den Sport, die bei den Olympischen Spielen in London mit Händen zu greifen waren, sollte uns Ansporn sein, uns zum richtigen Zeitpunkt wieder in den Wettbewerb um die Austragung der Olympischen Sommerspiele zu begeben.

Die Dekadenstrategie Sport, die von einer eigens hierfür eingesetzten Zukunftskommission mit Vertretern des Sports und der Wirtschaft erarbeitet wurde, zeigt auf, wie eine solche Bewerbung systematisch vorbereitet werden muss. Sie stellt die Weichen, um in den Bereichen Jugend-, Breiten- und Spitzensport sowie bei den Sportveranstaltungen ganz nach vorne zu kommen. Wenn diese Entwicklung positiv verläuft, dürfte es – anders als noch 2001 – keinen mehr überraschen, wenn Hamburg sich eines Tages wieder um die Olympischen Spiele bewirbt. Sehr geehrter Herr Senator Neumann, vielen Dank dafür!

Mittelständische Unternehmen sind nach wie vor das Rückgrat unserer Wirtschaft. Ich freue mich daher sehr, dass es gelungen ist, auch mit diesem Senat verbindliche Vereinbarungen zu treffen, damit Hamburg für kleine und mittlere Unternehmen ein noch attraktiverer Standort wird. Im „Bündnis für den Mittelstand“, das wir gemeinsam mit der Handwerkskammer und dem Verband freier Berufe mit dem Senat ausgehandelt haben, geht es um bessere Rahmenbedingungen. Gleich zu Jahresbeginn werden wir das Bündnis unterzeichnen.

Insgesamt wurden über 30 Maßnahmen in den Bereichen Bürokratieabbau, Mittelstandsförderung, Gewerbeflächen, Fachkräfte und Internationalisierung vereinbart, die nun schrittweise umgesetzt werden müssen. Hier liegt noch viel Arbeit vor uns. Insgesamt aber gilt: Mit dem „Bündnis für den Mittelstand“ wurden wichtige Pflöcke eingeschlagen. Lieber Herr Senator Horch, die Wirtschaft sagt danke.

Erfreulich ist auch der Abschluss der Partnerschaft für Luftgüte und schadstoffarme Mobilität als Alternative zu einer in ihrer Wirkungsweise mehr als fragwürdigen Umweltzone.

Wichtige Eckpfeiler wurden auch von Frau Senatorin Blankau im Bereich der Wohnungsbauoffensive errichtet. Das Ziel von 6 000 neuen Wohnungen im Jahr ist richtig, denn die steigenden Mieten signalisieren Knappheit auf dem Wohnungsmarkt. Der überwiegende Teil der neuen Wohnungen soll durch private oder genossenschaftliche Investoren gebaut werden. Der „Vertrag für Hamburg“, der mit den Bezirken geschlossen wurde und das „Bündnis für das Wohnen“, das mit der Immobilienwirtschaft verabredet wurde, haben wichtige Rahmenbedingungen geschaffen und alle Akteure an einen Tisch gebracht. Diese Schritte waren wichtig und richtig, aber: Leider streut der Senat vollkommen unnötig Sand ins Getriebe des anlaufenden Investitionsmotors.

Ziele der Wohnungsbauoffensive werden konterkariert

Die von Hamburg lancierte Bundesratsinitiative, um die Mieten bei Neuvermietungen zu deckeln, die Einschränkung der Möglichkeit, die Kosten energetischer Sanierungsmaßnahmen auf die Miete umzulegen und die Verschärfung der Regelungen von Leerstand und Zweckentfremdung haben eins gemeinsam: Sie wecken bei den Wählern den Eindruck: „Der Senat tut etwas“. Für die Investoren bedeuten sie aber eine schrittweise Aushöhlung der Eigentumsrechte und verschlechtern das Investitionsklima. Mit solchen Ansätzen werden die Ziele der Wohnungsbauoffensive konterkariert.

Wenn der Senat die 6 000 ins Auge gefassten Wohnungen in Zukunft nicht alleine bauen will, werden private Investoren benötigt, die jedes Jahr cirka eine Milliarde Euro für den Wohnungsbau bereitstellen. Diese werden dann aktiv, wenn die Rahmenbedin-

gungen stabil sind und auch langfristig eine auskömmliche Rendite erwarten lassen. Ich empfehle dem Senat daher, auf kurzfristige Effekthascherei zu verzichten.

Effektiver ist es, mit einer klugen Stadtentwicklungspolitik dahin zu kommen, dass das Wohnen in heute weniger stark nachgefragten Lagen attraktiver wird und sich der Markt dadurch entspannt.

Kritisch sehe ich auch die Änderung des Vergabegesetzes zwecks Festlegung eines Mindestlohns für Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge Hamburgs bewerben wollen. Wie auch immer man zu Mindestlöhnen steht: Sinn des Vergabegesetzes ist die effektive öffentliche Beschaffung und nicht die Durchführung sozial- oder lohnpolitischer Maßnahmen. Das gehört ausschließlich tarifpolitisch geregelt.

Zurückhaltend betrachtet die Wirtschaft die Entscheidung des Senats, die Wohnungsbaukreditanstalt in eine Investitions- und Förderbank umzuwandeln und damit faktisch eine neue staatliche Bank zu gründen. Die anhaltend gute Finanzierungssituation der Hamburger Wirtschaft und die mit einer neuen Staatsbank verbundenen Kosten und Risiken, sprechen gegen einen solchen Schritt. Allerdings wurde uns deutlich signalisiert, dass es der feste politische Wille ist, eine solche Bank zu gründen.

„If you can't beat them, join them“, haben wir uns gesagt und uns vor diesem Hintergrund dafür entschieden, die Gründung im Interesse der Hamburger Wirtschaft mitzugestalten. In wichtigen Punkten konnten wir Erfolge erzielen: So bleibt das Kapital der Innovationsstiftung, das ursprünglich abgeschmolzen – sprich: ausgegeben – werden sollte, erhalten. Zudem ist die Wirtschaft in den Gremien der Bank angemessen vertreten. Doch warten wir noch immer auf die Darstellung des Business Case!

Investitions- und Förderbank: Wirtschaftlich fundierte Entscheidungen treffen

Wichtigstes Ziel ist jetzt, dass die Investitions- und Förderbank wirtschaftlich fundierte Entscheidungen trifft – und nicht politisch motivierte. Eine Erfolgsgeschichte könnte die Bank werden, wenn sie in den Dienst eines wichtigen Ziels des Senats

gestellt würde: „Hamburg soll Europas Innovationshauptstadt werden!“ Das war Ihre Ankündigung, Herr Bürgermeister. Hier warten wir allerdings noch auf den großen Wurf.

Unsere Handelskammer jedenfalls hat unter dem Stichwort „Hamburg Innovations Parks“ im Jahr 2011 ein Konzept vorgelegt, wie ein Netz von Technologieparks Hamburg einen beispiellosen Schub in Richtung „Innovationshauptstadt“ geben kann. Die Investitions- und Förderbank könnte einen echten Sinn erlangen, wenn die Stadt der Bank Grundstücke überträgt, die im Umfeld wissenschaftlicher Einrichtungen liegen. Diese könnten von der IFB zu echten Technologieparks entwickelt werden. Die „Förderungssparte“ könnte Hand in Hand mit der „Investitionssparte“ arbeiten und Start-ups sowie ansiedlungswillige Unternehmen begleiten. So könnte aus der Investitions- und Förderbank ein außerordentlich gutes Projekt werden.

Außerordentlich war der Hamburger Vorstoß im Bundesrat zur Frauenquote. Das Ziel, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen, halte ich natürlich für richtig. Sowohl vor dem Hintergrund der Gleichberechtigung, als auch aus ökonomischer Sicht. Eine starre Quote für die Aufsichtsräte halte ich allerdings für den falschen Weg, sehr geehrte Frau Senatorin Schiedek. Hier wird das Pferd von hinten aufgezäumt. Aufsichtsräte müssen Managementenerfahrung haben, die sie erst in Führungs- und Vorstandspositionen erwerben müssen.

Handelskammer fördert Frauen in Führungspositionen

Wir setzen uns seit Jahren mit großem Engagement für mehr Frauen in Führungspositionen ein. Mit dem Helga-Stödter-Preis zeichnen wir Unternehmen aus, die vorbildlich Strategien zur Förderung von Frauen in Führungspositionen entwickelt haben. In diesem Sinne haben wir im abgelaufenen Jahr eine sehr weitgehende Resolution verabschiedet. Beim Thema „Mixed Leadership“ positionieren wir uns damit deutlicher als irgendeine andere Kammer oder ein Wirtschaftsverband in Deutschland. Unsere Handelskammer unterstützt statt einer starren Quote mittelfristig flexibel und nach Branchen differenziert angelegte Lösungen. Nicht sanktionieren ist das Gebot der Stunde, sondern motivieren!

„Sanktion oder Motivation?“ ist auch die Frage, wenn man das Verhältnis zwischen Stadt und Hochtief beim Thema „Elbphilharmonie“ betrachtet. In vorweihnachtlicher Stimmung scheint man nun eine Lösung gefunden zu haben. Die weitere drastische Kostensteigerung ist bitter, aber war zu erwarten. Ich bin gespannt, ob es bis Ende Februar zum Vertragsschluss kommt und dann wirklich alle Risiken bei Hochtief liegen. Entscheidend ist, dass bei den Beteiligten eine neue Kultur des Vertrauens einkehrt, die den Hamburgern alsbald eine ungeprüfte Vorfriede auf die Fertigstellung dieses Jahrhundertprojekts verschafft.

Den Hauch früherer Jahrhunderte verspürten wir in diesem Jahr ganz besonders. Wissen Sie, dass Sie eigentlich im Kirchenschiff des Maria-Magdalenen-Klosters aus dem 13. Jahrhundert sitzen? Dessen Überreste fanden wir vor wenigen Monaten bei Ausgrabungsarbeiten im Keller. Und bei Aufräumarbeiten in den Gewölben unserer neu gebauten Commerzbibliothek fand sich die seit Jahrzehnten verschollen geglaubte HANSEATICA, die bedeutendste Handschrift zur Geschichte der Hanse. Aber damit nicht genug!

Erst war es 500 Jahre im Einsatz, dann 140 Jahre im Archiv, dann kriegsbedingt ausgelagert, verschollen, aufgetaucht, versteigert, beklagt und beinahe wieder versteigert. Doch im Mai fand seine Odyssee ihr Ende! Es macht mich außerordentlich stolz, dass es einem Konsortium Hamburger Kaufleute gemeinsam mit der Hubertus-Wald-Stiftung gelungen ist, das über 700 Jahre alte berühmte Hamburger Stadtsiegel in unsere Stadt zurückzuholen. Ihnen allen spreche ich von dieser Stelle meinen Dank und meine Anerkennung aus. Im Februar wird es so weit sein, dass wir dieses einzigartige Kulturgut der Öffentlichkeit dauerhaft präsentieren können.

Seilbahnverbindung über die Elbe attraktiv für Hamburger und Touristen

Zum Schluss möchte ich noch eine Abbitte leisten: Vor einigen Jahren kommentierte unsere Handelskammer von dieser Stelle süffisant das Hamburgische Seilbahngesetz. Heute sage ich: Die dieses Gesetz auslösende EU-Richtlinie halte ich nach wie vor für entbehrlich, doch gut, dass wir mit dem Hamburgischen Seilbahngesetz die rechtlichen

Grundlagen für ein solches Verkehrsmittel in Hamburg haben. Denn wir könnten und sollten nun schneller zu einer Seilbahn gelangen, als wir damals dachten. Ich bin davon überzeugt, dass das Projekt einer Seilbahnverbindung über die Elbe – zumal wenn sie privat finanziert wird – eine echte Attraktion für Hamburger und Touristen sein könnte.

Mit Blick auf das Jahr 2013 äußere ich den Wunsch, dass die neue Kultur- und Tourismustaxe, wenn sie denn rechtlich Bestand hat, nicht in institutionellen Förderungen versickert, sondern in innovative Kultur- und Tourismusprojekte investiert wird. Und ich wünsche uns allen, dass die Internationale Bau- und Gartenausstellung viele Besucher anzieht und die Elbinsel nachhaltig davon profitiert.

Mit Blick auf das zu Ende gehende Jahr danke ich dem gesamten Senat für die geleistete Arbeit. Allen voran danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz, für das konstruktive und vertrauensvolle Zusammenwirken.

Ebenso danke ich den Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages, der Bürgerschaft und der Bezirksparlamente, den Behörden des Bundes und der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Organen der Justiz. Ich danke auch dem Konsularischen Corps, den Kirchen, der Bundeswehr, der Polizei, der Feuerwehr, den Verbänden, den Kammern, den Gewerkschaften und den Medien.

Ich danke der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg für ihren Einsatz zugunsten ethischer Grundsätze in der Wirtschaft. Mit der Besetzung der Stiftungsprofessur „Internationale Wirtschaftsethik“ werden wir diese Prinzipien weiter ins Zentrum unserer Hochschule, der HSBA, rücken.

Ich danke all denen, die – wie es in Hamburg seit Jahrhunderten gute Tradition ist – mit Stiftungen, mit Spenden, Initiativen und Tatkraft wieder geholfen haben, soziale Nöte zu lindern und kulturelle Projekte zu fördern.

Meine Damen und Herren, die großen Herausforderungen des kommenden Jahres habe ich skizziert. Die zu lösenden Aufgaben erfordern entschlossenes und weitsichtiges Handeln von Politikern und Unternehmern.

„Wer ein Warum hat, dem ist kein Wie zu schwer“, lautet eine Feststellung, die von Nietzsche überliefert ist. Unser blühendes Gemeinwesen, Wohlstand, Frieden und Freiheit in Europa sollten für uns alle „warum“ genug sein. Die Antwort auf die Frage nach dem „wie“ lautet: „Weniger ist mehr“.

Weniger falsch verstandene Solidarität – mehr individuelle Verantwortung.

Weniger Schulden – mehr Handlungsspielraum.

Weniger Bürokratie und Partikularinteressen – mehr Investitionen, Wettbewerb und Wachstum.

Und diese Aufzählung könnte ich fortsetzen.

Wenn es uns gelingt, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren, können wir unseren Herausforderungen mit Zuversicht entgentreten. Daran hege ich keinen Zweifel.

Und somit schließe ich mit einem Ausspruch von Franklin D. Roosevelt: „Die einzige Begrenzung, das Morgen zu verwirklichen, werden unsere Zweifel von heute sein.“ Bieten wir, meine Damen und Herren, durch unser Denken und Handeln und die Konzentration auf das Wesentliche Anlass zu Zuversicht.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesundes, erfolgreiches und friedliches Jahr 2013.

Schlusswort

im Namen der Hamburger Wirtschaft

von Michael O. Grau, Geschäftsführender Gesellschafter der Mankiewicz Gebr. & Co. (GmbH & Co. KG)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz, sehr geehrte Honoratioren und Ehrengäste, meine Damen und Herren, sehr geehrter Präses Melsheimer!

Ein großes Kompliment! Sie haben es verstanden Ihre Mithörerschaft durch Ihre Worte mitzureißen. Ihre Zeitreise durch das vergangene Jahr hat uns ein klares Bild auch für 2013 gezeichnet. Hierfür möchte ich Ihnen im Namen aller hier Anwesenden von ganzem Herzen Dank sagen. Es ist wieder einmal klar geworden! No money, no honey. Mit anderen Worten, man könnte sagen: Erhaltet Euch unsere Kaufmannschaft oder noch besser und scherzhaft hinzugefügt, wenn es den Ehrbaren Kaufmann nicht schon gäbe! Jetzt wäre er erfunden worden.

Sie, lieber Herr Melsheimer und die gesamte Mannschaft der Handelskammer haben uns mit ihrer Arbeit informiert, beraten, unterstützt und vertreten, dort wo unsere Interessen berührt waren. Auch dieser Tatkraft gilt unser besonderer Dank und vor allem Anerkennung. Das war gute Arbeit. Bitte weiter so.

Als ich noch sehr viel jünger als heute war, nahm mich mein Vater öfter zum ehrbaren Kaufmann mit. Das lief nach dem Motto: „Hier kannst Du was lernen“, hier werden auch komplizierte Tatbestände auf den Punkt gebracht. Hier wird gehandelt, verhandelt und angebandelt im fairsten Sinne des Wortes!

So ist es also gut, gerade in häufig orientierungslosen Zeiten Weisung zu bekommen, beraten zu werden und zum Handeln aufgerufen zu sein. Vielleicht sollten wir diese Stunden heute hier zur Pflichtvorlesung der Wirtschaftsstudenten unserer Stadt machen.

Heute leben wir in einer Zeit von Internet, Facebook und Datenautobahnen. Wir werden von einer Fülle ungeordneter Informationen überhäuft. Globale Ver-

fügbarekeit ist zu unserem Berufsalltag geworden. Zeitzonen sind auf Nanosekunden geschrumpft. Was bedeutet das für die handelnden Menschen in dieser Zeit? Diese neue Zeitwende erfordert höchste Konzentration und Anpassung an unsere Arbeitsweisen. Ein radikales Umdenken wird erforderlich. Privat, geschäftlich, in der Wirtschaft, in der Politik, in der Auseinandersetzung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und deren Umgang und Erwartung mit ihren Obrigkeiten.

Wir stellen uns gerne den Herausforderungen des Informationszeitalters; wir wissen aber auch, dass das eine große Kraftanstrengung bedeutet und vor allem Umdenken erforderlich macht. Nur Mut!

Sehr geehrter Herr Melsheimer, zu Recht haben Sie in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass politisch abgewogene und entschiedene Tatbestände zukünftig nicht ausschließlich von Gerichten und einzelnen Richtern permanent neu entschieden werden dürfen. Selbstverständlich stellen Sie damit die Gewaltenteilung nicht infrage, sondern fordern bewusst dazu auf, die Grundlagen unseres Wohlstandes nicht zu gefährden. Ich bin dankbar für Ihre klaren Worte!

Ich komme zum letzten Teil meiner kurzen Ansprache. Ich möchte Ihnen allen eine allgemein zugänglich Erkenntnis schenken, die Sie ins neue Jahr gut mitnehmen können. Ich spreche von fünf F's, die da sind: Focus, Fast, Flexibel, Friendly und Fun. Mögen mir diese Anglizismen in der Freien und Hansestadt Hamburg erlaubt sein.

Focus: Hierunter verstehe ich klare Adressierung und Festlegung unserer gemeinsamen Zielsetzungen.

Fast: Eine schnelle Abhandlung von Aufgabenstellungen der wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit.

Flexibel: Entgegenkommendes Interesse für Bürger, Kaufmannschaft, Staat und die partiellen Minderheiten unserer Gesellschaft. Hier bräuchten wir oft die Klugheit eines weisen Königs.

Friendly: Vermeidung von Grabenkriegen und Egozentrik in einer Zeit stark zunehmender „Egokratie“.

Fun: Das bedeutet für mich sowohl Erfolge zu feiern, als auch Niederlagen und Irrtümer. In jedem Fall heißt das aber auch, den Beteiligten ein berechtigtes Lob für ihr ernsthaftes Bemühen auszusprechen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein ausgelassenes Silvesterfest. Entwickeln Sie Lust und Freude für das kommende Jahr. Ich wünsche jedem von Ihnen das innere Bewusstsein auf persönlich Geleistetes stolz sein zu dürfen. Genießen Sie die Zeit, in der wir heute leben.

Und nun meine Damen und Herren kommt ein Satz, bei dem mir endlich mal keiner widersprechen kann: Diese Versammlung eines Ehrbaren Kaufmannes ist beendet.

Vielen Dank!

Herausgeber:
Handelskammer Hamburg
Adolphsplatz 1 | 20457 Hamburg
Telefon 040 36138-138
Fax 040 36138-401
service@hk24.de
www.hk24.de

Fotos: Fabricius, Joost

Stand: Januar 2013